

Windenergiebranche bläst Bürgerprotest ins Gesicht

Trotz schlechten Wetters sind sie vom Protest nicht abzuhalten. Mitglieder mehrerer Bürgerinitiativen gegen Windkraft haben am Mittwoch in Erfurt vor der Messe demonstriert. Dort finden noch bis Donnerstag die Mitteldeutschen Branchentage Wind.Energie statt.



Mitglieder der Bürgerinitiative „Lebenswertes Hochplateau von Rittersdorf bis Milda“ protestierten am Mittwoch vor dem Erfurter Messegelände gegen die Errichtung von neuen Windkraftanlagen in ihrer Region. Foto: Alexander Volkmann

Erfurt. Aus ganz Thüringen sind sie gekommen, aus Milda, aus dem Kyffhäuser-Kreis oder aus dem Wartburgkreis. Längst sammeln die Bürgerinitiativen Daten über seltene Vogelarten in den Gebieten, die unter Rot-Rot-Grün für Windräder freigegeben werden sollen. Die sollen Verwendung finden im Kampf gegen Windräder – wenn auf die Menschen vor Ort schon nicht gehört werde.

Branche erwartet weiteren Ausbau

Vertreter der Windkraft-Branche sehen es derzeit als realistisch an, dass der Windkrafteerlass in Thüringen bis Ende 2015 verabschiedet werden kann. Dazu müsse jedoch das laufende Anhörungsverfahren zügig abgeschlossen werden, sagte der Landesvorstand des Bundesverbandes Windenergie in Thüringen, Frank Groß, der Deutschen Presse-Agentur. Dass in Thüringen inzwischen von der rot-rot-grünen Regierung ein derartiger Erlass auf den Weg gebracht worden sei, sei ein wichtiges Zeichen. Der Erlass sei Voraussetzung für den Bau neuer Windkraftanlagen. Am Mittwoch und Donnerstag werden in Erfurt unter anderem 50 Windkraft-Unternehmen zu den Mitteldeutschen Windbranchentagen erwartet. Das Regierungsbündnis aus Linke, SPD und Grüne will ein Prozent der Landesfläche für die Nutzung durch Windenergie-Anlagen freigeben. Bislang stehen Windräder auf etwa 0,3 Prozent der Fläche Thüringens. Die derzeit mehr als 700 Windkraftanlagen wurden alle zuvor unter CDU-geführten Landesregierungen genehmigt. In den vergangenen Monaten sprach sich die Union aber mehrfach und vehement gegen die weitere Ausweisung von Windenergie-Flächen aus. Stattdessen sollten beispielsweise bestehende Anlagen modernisiert werden, um mehr Windstrom zu gewinnen, wie der Energiepolitiker der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Gruhner, erklärt hatte. Groß warf der Union deshalb eine reine Verhinderungstaktik vor, seit sie in der Opposition sei. Die Partei versuche, sich mit dem Widerstand gegen Windräder zu profilieren – und das wesentlich stärker als vor dem Regierungswechsel im Dezember 2014. Es lasse sich immer wieder beobachten, dass der Widerstand von Bürgerinitiativen gegen den Neubau von Windkraftanlagen von CDU-Politikern organisiert werde. „Aber aus meiner Sicht steht die Union da auf verlorenem Posten“, sagte Groß. Gruhner wies die Vorwürfe zurück. Die CDU habe schon immer betont, dass sie gegen Windräder im Wald sei, die Rot-Rot-Grün nun zulassen wolle. „Und die Bürgerinitiativen haben sich aus sich heraus gegründet“, sagte er. Richtig sei allerdings, dass seine Partei denjenigen eine Plattform gebe, die Sorgen und Ängste wegen des Ausbaus der Windkraft hätten. „Wir kanalisieren die Kritik, die da geäußert wird und tragen sie auch in den Landtag.“ Das sei aber schließlich auch Aufgabe der Opposition. Vertreter der Windkraft-Branche wollen deshalb laut Groß mit einer „Akzeptanz-Offensive“ dem zunehmenden Protest der Menschen gegen neue Anlagen begegnen. Es gebe viele Falschinformationen, Gerüchte und Behauptungen, die sich durch eine sachliche Debatte ausräumen ließen, sowohl bei angeblichen Gesundheitsrisiken – hier ist oft die Rede von sogenanntem Infraschall – durch Windräder als auch bei deren Naturverträglichkeit.

Dilemma für Naturschützer

Bei Naturschutzverbänden zeigt sich ein großes Dilemma. Zwar ist man gegen Atomkraft und für Windräder – allerdings nicht so richtig. Zu viel darf es dann doch nicht werden. Die bisherigen Pläne müssten korrigiert werden, moniert zum Beispiel der Nabu. Vorgesehene Abstände zwischen Schutzgebieten und Windrädern seien zu gering bemessen – 300 Meter reichten nicht aus, ein Vielfaches sei nötig. Das sehen die Aktivisten vor der Erfurter Messe ähnlich. Zu hässlich und zu laut sind die Windräder aus ihrer Sicht. „Abstand“ steht auf mehreren Schildern geschrieben. Und Abstand würden sie auch von weiteren Windrädern nehmen.

[Thüringen treibt Ausbau der Windparks trotz Protesten in den Dörfern voran](#)

[Siegesmund: Energiepolitische Ziele sind gefährdet](#)

[Grünes Licht zur Erdverkabelung kommt zu spät für Thüringen](#)

Sebastian Haak, Florian Girwert / 15.10.15 / TLZ